

A Plus (A+)
An alle Kantons- bzw. Obergerichte der Kantone
sowie des Bundesgerichtes

Alex W. Brunner
Architekt HTL
Bahnhofstrasse 210
CH-8620 Wetzikon
Telefon 044 930 62 33

Datum: 15. April 2024

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

Mitteilung und zugleich Warnung

Grüezi

Der Verfasser hat noch nie alle Kantons- bzw. Obergerichte direkt angeschrieben, sondern nur punktuell einzelne. Mit dem vorliegenden Schreiben nimmt er gleichzeitig alle Gerichte der Kantone und des Bundes verbindlich in die Pflicht, denn es geht um Angelegenheiten, die Ihnen bestens vertraut sind, aber Sie nichts dagegen unternehmen. Wenn vorgängig alle Gerichte geschrieben steht, so bedeutet das alle Gerichte. Die angeschriebenen Gerichte haben daher zu veranlassen, dass die weiteren Gerichte in Bund und Kantonen dementsprechend in Kenntnis gesetzt werden. In diesem Sinne gilt: Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten

Bei der Ihnen bekannten Angelegenheit geht es um die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften. Der Verfasser hat sie im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*¹ neu recherchiert und darin u.a. aufgezeigt, dass mit dem Fusionsgesetz die theoretischen Voraussetzungen geschaffen wurden. Daraus ist zu entnehmen, dass das Fusionsgesetz **die privatrechtlichen Voraussetzungen festlegt, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, ... können**. Rechtsträger sind gemäss Fusionsgesetz nicht nur Gesellschaften, Stiftungen und im Handelsregister eingetragene Einzelunternehmen, sondern auch Institute des öffentlichen Rechts. Das bedeutet, dass sie dann wirtschaftliche Unternehmen im Sinne von Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch sind.

Aus der Botschaft des Bundesrates zum Fusionsgesetz geht eindeutig hervor, dass er im Vorfeld 66 Organisationen zur Vorvernehmlassung zum Fusionsgesetz angeschrieben habe. Darunter waren das Bundesgericht, alle Kantone, alle politischen Parteien, die Wirtschafts- sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und alle Universitäten. Die Parteien und die Verbände haben es in der Vergangenheit bis heute vorsätzlich versäumt, ihre bezahlenden Mitglieder über diese Privatisierung zu informieren. Das ist aber noch nicht alles, denn die Medien berichteten wohl während der Parlamentsdebatte über das Fusionsgesetz, jedoch ebenfalls – vorsätzlich – nicht über die Privatisierung der Institutionen.

Mit Abstimmungen wurde immer wieder versucht, die kommunalen technischen Betriebe zu privatisieren. Diese Vorgehen scheiterten mehrheitlich, weshalb auf eine Abstimmung verzichtet wurde. Damit

¹ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Ideologie Behörden als Unternehmen
→ Die Privatisierung im Gesamtkontext
https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/kontext_privatisierung.pdf

wurde ein Präjudiz geschaffen, dass für die Privatisierung eine Volksabstimmung durchzuführen sei. Diese wurde sonst jedoch nie durchgeführt, womit offensichtlich ist, dass diese Privatisierungen illegal erfolgten und damit keine hoheitliche Legitimität übertragen wurde. Dazu kommt, dass diese neuen Unternehmen inkl. deren Handlungsberechtigten – die Schweizerische Eidgenossenschaft ist wie rund weitere 85 Nationen eine Aktiengesellschaft² – nie im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert wurden. Von den Handelsregisterämtern wird ein solcher Eintrag verneint, obschon dem Verfasser bereits im Jahre 2017 aus einem dieser Ämter bestätigt wurde, dass alle Veränderungen erfasst seien!

Diese Willkür, dieser Betrug, ist nur eine Folge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht, die der Verfasser bereits im Jahre 2005 aufgedeckt hat und den Gerichten, insbesondere dem Bundesgericht, Willkür und damit Betrug, nicht nur im Einzelfall, sondern sogar aufgrund ihrer eigenen Geschäftsberichte statistisch nachgewiesen hat.^{3,4} Deshalb sollte man verstehen, die Herrschaft ausgeübt wird.⁵

Ihnen ist diese Situation bestens bekannt und vertraut, denn es ist nur die Spitze eines Eisbergs, der aus dem Wasser ragt, um neue Rahmenbedingungen gegen das Volk zu setzen. Deshalb werden in Hülle und Fülle Officialdelikte begangen, die von den Strafverfolgungsbehörden vorsätzlich nicht verfolgt werden, weil eine Untersuchung zuerst am Kopf beginnen müsste. Damit diese Verbrechen nicht publik werden, gibt es das Amtsgeheimnis, mit dem die glaubenden Mitarbeiter, die nützlichen Idioten, in Schach gehalten werden.

Sie müssen nun nicht behaupten, das Skizzierte stimme nicht und somit einmal mehr versuchen, den Verfasser zu beeinflussen, denn er lässt sich nicht so schnell um den Finger wickeln und ein X für ein U vormachen, nur weil ein dekoriertes Jurist irgendetwas daherphantasiert.

Aufgrund des Geschilderten geht hervor, dass alle diese Vorgänge weit vorausgeplant sind und auch nicht immer zu unterscheiden ist, über welche Befehlskette die Vorgänge kommuniziert werden, weil auch Ihre Vorgesetzten, die Mitglieder der Parlamente, von den Universalparteien nur portiert wurden, weil sichergestellt war, dass auch sie beliebig beeinfluss- und steuerbar sind. Das bedeutet, sie sind ebenfalls Mitglied einer dieser kriminellen Organisationen.

Wenn man die tatsächliche Geschichte studiert, die wir in der Schule nicht lernen (dürfen)⁶, stellt man fest, dass es schon vor 6000 Jahren Geheimorganisationen gab. Ohne diese Geheimgesellschaften wäre die Menschheitsgeschichte ganz anders verlaufen. Weil diese Problematik in Babylon seinen Anfang nahm, ist in der Folge von Babylon oder von Babyloniern die Rede, auch wenn die verschiedenen kriminellen Organisationen (Art. 260ter, StGB) andere Namen tragen.

So wurde beispielsweise die Französische Revolution und in der Folge die europäischen Revolutionen von 1848/49 zur Gründung der Nationalstaaten, ebenfalls durch diese Geheimorganisationen organisiert⁷ und seither sitzen deren Vertreter an den Schaltstellen der Macht. Deshalb ist es wichtig, sich zuerst mit dem Gegner auseinander zu setzen. Weiteres dazu siehe im Aufsatz *Privatisierung*¹, Kapitel 9.

² <https://www.law.cornell.edu/cfr/text/26/301.7701-2>

³ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Das manipulierte Rechtssystem, Kapitel 4 bis 7
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

⁴ www.brunner-architekt.ch → Politik → Recht → Analysen d. Amtsberichte

⁵ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Herrschaft

⁶ **Deutsch:** www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) → Kurzfassung. https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung_3_welten_kurzfassung.pdf

Français: www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Français → Résumé: Notre histoire, qu'on refuse de nous faire connaitre. https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/destruction_3_mondes_vers_courte.pdf

Italiano: www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Italiano → Riassunti La nostra storia, quella che ignoriamo. https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/distruzione_3_mondi_edizione_ridotta.pdf

⁷ Vom freimaurerischen Auftrag der Geschichte. <http://www.internetloge.de/arstzei/geschi.htm>

Analysiere deinen Gegner, um seine Pläne in Erfahrung zu bringen, seine erfolgreichen genauso wie seine fehlgeschlagenen.

Sunzi / Sünzi (544-496 v.u.Z.)

chinesischer General, Militärstrategie und Philosoph

Deshalb wurden die Richter nicht gewählt, weil Sie dazu besonders fähig sind, sondern weil Sie einer dieser kriminellen Organisationen angehören. Deshalb «müssen» Sie ausführen, was Ihnen befohlen wird, egal auf welchem Befehlsweg es daherkommt, auch wenn Sie nach eigenem Ermessen ganz anders handeln würden, nur um den drakonischen Strafen von Babylon (einstweilen) zu entgehen. Obendrauf erhalten Sie noch einen fürstlichen Lohn. Auf den Punkt gebracht, handelt es sich hier um eine klassische Korruption, auch wenn das Wort nicht den exakten Straftatbestand wiedergibt. Betrachten Sie das nicht als eine nur auf Sie bezogene Äusserung, denn Sie befinden sich dabei in allerbesten Gesellschaft, weil das babylonische System nur so funktioniert und die Ziele von Babylon nur mit dem Prinzip Anfüterung, Vorteilsgewährung, Erpressung, Betrug, Unterlassung und Propaganda erreicht werden kann.

Die Richter müssen zumindest teilweise einen Eid oder ein Gelübde ablegen. Sie sind unterschiedlich gestaltet, aber darin verpflichtet sie sich u.a. Verfassung und Gesetze getreu anzuwenden, die (Amts-)Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und die öffentliche Wohlfahrt zu fördern. Zum Teil ist auch noch von einem Gewissen die Rede.

Auch wenn Verfassung und Gesetze laufend geplant vorsätzlich zuungunsten der Menschen definiert werden, so gibt es immer noch ganz eindeutige Rechtssätze, die einzuhalten wären, von denen sich auch die Richter distanzieren, weil Sie sich nach dem politischen Mainstream, den babylonischen Befehlen, richten. Das hat einen weiteren politischen Hintergrund, denn mit der gewollten heimlichen Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Staatsverwaltung, insbesondere über die Gerichte, entstand ab 1953 am Bundesgericht im Bereich des Schuldbetreibung und Konkurs die systematische Willkür und ab 1970 begann sie in der ganzen Schweiz flächendeckend.⁸ Diese Aufdeckung wurde von den «Offiziellen» noch nie kritisiert und schon gar nie in Frage gestellt, sondern nur ignoriert. Das heisst, sie ist korrekt.

Seit der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht fällen die Richter vorsätzlich willkürliche Entscheide zugunsten von Babylon und zulasten der Menschen. Damit wird offensichtlich, dass Sie sich seit Jahrzehnten weder an Verfassung noch an Gesetze halten, weshalb Sie nicht nur eidbrüchig werden. Mit diesem Verhalten unterstützen Sie zudem eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter StGB, bei denen Sie zugleich Mitglied sind. Diese Praxis gehört künftig der Vergangenheit an und wird scharfe Konsequenzen zeitigen. Diesem Prozess kann sich niemand widersetzen, weil er sich natürlich durchsetzen wird. Aus diesem Grund können die Ziele von Babylon nicht erreicht werden. Das liegt in der Natur der Sache. Die Frage ist lediglich, wie gross der Blutzoll noch werden soll. Dafür werden Sie verantwortlich gemacht werden.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass Sie über kein Gewissen verfügen und nicht nur Sie bereit sind, Ihre eigenen Kinder zu verkaufen, sondern sie auch noch zu versklaven, nur um Ihr eigenes Ego kurzfristig zu sonnen.

Die Richter werden mit Unterlagen der Staatsanwälte versorgt, die wiederum zum Teil auf Angaben der Polizei beruhen. Deren oberste Chefs wurden ebenfalls nicht gewählt, weil sie für den jeweiligen Posten besonders fähig sind, sondern, weil sie ebenfalls einer der verschiedenen kriminellen Organisationen angehören. Vor allem aber leisten die Polizisten einen Eid oder ein Gelübde. Dabei schwören sie je nach Kanton einen bedingungslosen Gehorsam gegenüber der Regierung sowie auf deren Vorgesetzte der Polizei und verpflichten sich, Verfassung und Gesetz zu achten.

Bei der Aufdeckung der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht ging hervor, dass Regierungen und Gerichte wie bei der Privatisierung ebenfalls mit dabei waren, gegen das Volk zu agieren. Die Regierungen begehen daher seit je her Verbrechen. Damit leisten die Polizisten einen Eid auf Verbrecher. Zudem behaupten sie wie die Staatsanwaltschaften, als Teil der Strafverfolgungsbehörden Verfassung und Gesetz zu kennen, aber wenn es um die Umsetzung geht, kennen sie nicht einmal das Strafrecht.

⁸ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Das manipulierte Rechtssystem, Kapitel 4 bis 7
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/manifest_manipuliertes_rechtssystem.pdf

Sie alle begehen sogar Verbrechen und das sogar gewerbsmässig. Sie alle operieren illegal, genau gleich wie die Mafia! Deshalb muss mit der «*Rechtschaffenheit der Richter*» Werbung betrieben werden.

Das ist die gleiche Propaganda wie der Werbespruch «*Die Polizei, dein Freund und Helfer*». Dieser ist sehr wahrscheinlich mit der Gründung der Nationalstaaten und der Entstehung der Polizeien entstanden, weil ihre Vorgänger, die Landjäger, kein gutes Ansehen hatten. Sie agierten bereits damals willkürlich. Der Beruf der Landjäger war nicht angesehen und nichts für einen Bürger, der etwas auf sich hielt. Es herrschte daher «*Mangel an ehrlichen Männern, die sich für eine solche Aufgabe hergeben*».⁹ Während der Nazi-Zeit wurde der Werbespruch, die Propaganda, vom Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, also von Babylon, popularisiert. Heute herrscht ein noch grösserer «*Mangel an ehrlichen Männern (und Frauen)*».⁹ Die Mentalität hat sich seither nicht zum Besseren geändert.

Die Polizei übt für Babylon jedoch eine ganz besonders wichtige Funktion aus, weil sie ihr Repressionsinstrument, das letzte Mittel zur Durchsetzung ihrer Herrschaft ist. Fällt sie aus, können die babylonischen Verbrechen und Betrüge nicht mehr durchgesetzt werden. Dann wäre die Gesellschaft wieder frei, aber das muss von Babylon um jeden Preis verhindert werden, und damit erst recht von Seiten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten.

1. Weitere Erkenntnisse

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2023¹⁰ teilte der Verfasser zumindest dem Verein KKPKS mit, dass die Polizei Basellandschaft eine Strafanzeige wegen Rassismus eingereicht habe. Der Kommandant der Polizei Basellandschaft wurde mit Schreiben vom 30. Oktober 2023 aufgefordert, diese Anzeige zurückzuziehen. Gleichzeitig wurden die Allgemeinen Bedingungen der Polizei neu definiert und verschärft, sowie für die ganze Schweiz für verbindlich erklärt. Der Kommandant der Polizei Basellandschaft fand es nicht für nötig, zum Schreiben Stellung zu beziehen, weshalb die Allgemeinen Bedingungen in Kraft traten.

Dem Strafbefehl¹¹ ist zu entnehmen, dass drei Textpassagen aus dem Aufsatz *Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen)*, beanstandet wurden. Der Staatsanwalt schrieb sogar, *der Beschuldigte hielt es zumindest für möglich, dass in diesen Texten antisemitische Theorien verbreitet wurden und nahm dies zumindest in Kauf*.

Wer den Geschichtsaufsatz liest, er stammt aus dem Jahre 2020, muss feststellen, dass nicht die Juden die Verursacher sind, sondern «Babylon». Das ist dem Verfasser schon seit mehr als zehn Jahren bekannt, weil er weiss, welche Idee oder Lehre hinter den Religionen steckt und weshalb sie zerstört wurde. Es ist die Lehre der drei Welten, die der Verfasser aus eigener Praxis kennt.

In seinen verschiedenen Texten, insbesondere auch im genannten Aufsatz über die Geschichte hat er diesen Sachverhalt ebenfalls erklärt, dass die Religionen die Lehre der drei Welten zu ersetzen haben, um das babylonische Fernziel zu erreichen und nicht das jüdische, weil die Juden wie die Christen und die Moslems nur Mittel zum Zweck sind. Zudem wurden nur Namen und Handlungen beschrieben, aber keine Eigenschaften oder Zugehörigkeiten genannt. Im Weiteren können diese Aussagen mehrheitlich bei Wikipedia abgeschrieben werden, wenn dazu auch verschiedene Seiten verwendet werden müssen.

Diese Strafanzeige, sie war nicht die erste von Babylon, war der Anlass, noch tiefer und breiter zu recherchieren, um die Zusammenhänge chronologischer und noch genauer darzustellen. Das alles zu erfassen ist nicht einfach, erst recht für jene, die sich mit der Philosophie (recte philosophía) noch nie auseinandergesetzt haben und auch, weil die offizielle Geschichtsschreibung die Zusammenhänge vorsätzlich unterschlägt, aber auch die Medizin das Spirituelle nicht kennt und daher negiert, obschon alles spirituell ist. Sogar die Quantenphysik bestätigt, dass Materie lediglich aus Geist bestehe.

⁹ <https://blog.nationalmuseum.ch/2019/02/vom-landjaeger-zum-verkehrspolizist/>

¹⁰ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/KKPKS_20231206.pdf

¹¹ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/sta_oberland_20231213_strafbefehl.pdf

Daraus resultierte die Kurzfassung *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen*¹² (Beilage 1). Aufgrund der durchgeführten systematischen Analyse geht schlüssig hervor, dass mit den monotheistischen abrahamitischen Religionen, dem Judentum, dem Christentum und dem Islam, der Dritte Weltkrieg beabsichtigt ist, um weltweit ein gewaltiger gesellschaftlicher Zusammenbruch zu provozieren. Der Dritte Weltkrieg hat nicht erst am 7. Oktober 2023 mit dem Angriff der Hamas auf Israel begonnen, ebenfalls nicht mit der Sonderoperation in der Ukraine. Der Dritte Weltkrieg hat bereits mit der Corona-Pandemie begonnen!

Niemand ist in der Lage, diese Analyse zu widerlegen, denn damit wurde das Rätsel in der Bibel gelöst. Selbst Papst Johannes Paul II. schrieb in *Ecclesia in Europa*, dass niemand in der Lage sei, den Inhalt der geheimen Offenbarung (Offb 5,1) zu verstehen. Deshalb sind die drei Weltkriege bereits in der Bibel beschrieben und kryptisch als Geburtswehe bezeichnet (Offb 9.12 und 11.14). Alles Weitere in der beiliegenden Kurzfassung¹² und in der weiterführenden Analyse.

Wäre diese Strafanzeige nicht erstattet worden, hätte der Verfasser diese Analyse nicht vorgenommen. In diesem Sinne kann er sich nur bedanken, dass die Strafanzeige erstattet und nicht zurückgezogen wurde, denn damit haben sich die Polizei und damit die dahinterstehenden Babylonier das eigene Grab geschaufelt, heisst es doch: *Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.*

Diese Strafanzeige ist daher nur ein weiterer Versuch, den Verfasser zu bewegen, seine Arbeit, die babylonische «Behördenkriminalität» zu beenden. Er wird diese Arbeit nur beenden, wenn er physisch liquidiert wird und nimmt deshalb alle Widerwärtigkeiten in Kauf. Jedoch wird nachher alles abgerechnet!

Nebst der illegalen Privatisierung, die nur ignoriert und mit fadenscheinigen Behauptungen versucht wird zu «widerlegen», zum Beispiel mit der Broschüre *Staatsverweigerer* der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP)¹³ oder mit den Handlungsempfehlungen zu «Reichsbürger / Selbstverwalter» des Bedrohungsmanagements der Polizei, kommen nun weitere massive strafrechtliche Konsequenzen auf die Illegalen zu, denen Sie nicht mehr ausweichen können.

2. Folgerungen

*Wenn nur die Zwecke erreicht werden, so ist es gleichgültig, unter welcher Hülle es geschieht [...] Hören und erstaunen Sie: Nach diesem Gesichtspunkt richtet und bestimmt sich die ganze Moral und Begriffe von Recht und Unrecht erhalten erst dadurch die nöthige Berechtigung [...]*¹⁴

Johann Adam Weishaupt (1748-1830), Jesuit, Gründer des Illuminatenordens, Hochschullehrer und Philosoph an der Universität von Ingolstadt

Die Gründung der Nationalstaaten war eine Folge der Französischen Revolution, die beide von Babylon durch deren babylonischen Geheimorganisationen verdeckt organisiert und geführt wurden. Die Vertreter dieser Geheimorganisationen sitzen seither in Politik, Gerichten und Verwaltung und damit selbstverständlich auch in den Strafverfolgungsbehörden. Sie alle setzen den Willen von Babylon gegen die Bevölkerung im «Namen des Volkes» mittels Täuschung und Betrug durch.

Wie im Aufsatz *Herrschaft* und in der Analyse erklärt, gibt Babylon die Ideologien vor und die Universitäten setzen sie, zusammen mit den Regierungen und den Staatsverwaltungen, in Gesetze um und die Parlamente tun so, als ob die politischen Parteien gegeneinander kämpfen. Unter dem Strich ist alles von aller Anfang an abgekartet.

Völkermord ist nicht nur gemäss dem Schweizer Recht, sondern auch aufgrund des internationalen Rechts ein Verbrechen. Aber es sind ausgerechnet die «Offiziellen», die babylonischen Steigbügelhalter, die diese Normen gegen Völkermord erlassen haben, ihn jedoch gegen die eigene Bevölkerung umsetzen. Sie sind immer noch der Meinung, Sie würden straffrei davonkommen. Damit haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

¹² https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/analyse_religionen_kurz.pdf

¹³ https://www.skppsc.ch/de/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/staatsverweigerer_broschuere_de.pdf

¹⁴ Carmin E.R., *Das schwarze Reich. Okkultismus und Politik im 20. Jahrhundert*, Verlag Ralph Tegtmeier, 1994, 632 Seiten, ISBN 3924613303, Seite 428.

Da die Bundeskanzlei bereits am 30. August 2002 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, sind seither keine Rechtserlasse mehr gültig. Inwieweit zurück die Gesetzgebung aufgrund des gewaltigen Betrugs schlussendlich annulliert werden muss, hat eine spätere Untersuchung und ein politischer Volksentscheid zu bestimmen. Der Verfasser geht deshalb beim Zitieren der Gesetze nachstehend vom Stand per 2002 aus.

2.1 Internationales Strafrecht

Auf internationaler Ebene steht das Übereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (SR 0.311.11) im Vordergrund. Die Schweiz hat dieses Übereinkommen am 7. September 2000 ratifiziert und es trat am 6. Dezember 2000 in Kraft. Darin heisst es u.a.:

- Art. II In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
 - b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
 - c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
 - d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
 - e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.
- Art. III Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:
- a) Völkermord,
 - b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
 - c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,
 - d) Versuch, Völkermord zu begehen,
 - e) Teilnahme am Völkermord.
- Art. IV Personen, die Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen begehen, sind zu bestrafen, gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind.

Aufgrund der perfiden Ideologie zur Auslösung des Völkermords mit dem Dritten Weltkrieg wurde bereits seit der Inkraftsetzung Art. II, lit. c verletzt. Da die «Offiziellen» dieses Übereinkommen abgeschlossen haben, sind sie davon ausgegangen, dass sie ungeschoren davonkommen werden.

Griffiger ist hingegen Art. III, insbesondere lit. b, Verschwörung zur Begehung von Völkermord und c, unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord. Mit diesem Artikel ist es möglich, den Sumpf trocken zu legen und die Verantwortlichen, insbesondere die Mitglieder dieser babylonischen Geheimorganisationen und ihren Steigbügelhaltern, die das Licht scheuen, zur Rechenschaft zu ziehen. Dass das bis heute noch nicht gemacht wurde, liegt einerseits daran, dass der Hintergrund zur Entstehung des Dritten Weltkriegs noch nie grundsätzlich aufgedeckt wurde, wie das der Papst Johannes Paul II. aufgrund der Bibel auch bestätigt. Andererseits stehen dazu die kriminellen babylonischen Organisationen im Wege, die in der Staatsverwaltung alles mit weiteren Verbrechen verhindern.

2.2 Das Schweizer Strafrecht

Nachstehend werden einige relevante Artikel des Schweizer Strafrechts genauer betrachtet:

2.2.1 Kriminelle Organisation

Art. 260ter Kriminelle Organisation

1. Wer sich an einer Organisation beteiligt, die ihren Aufbau und ihre personelle Zusammensetzung geheimhält und die den Zweck verfolgt, Gewaltverbrechen zu begehen oder sich mit verbrecherischen Mitteln zu bereichern, wer eine solche Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit unterstützt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.
2. Der Richter kann die Strafe nach freiem Ermessen mildern (Art. 66), wenn der Täter sich bemüht, die weitere verbrecherische Tätigkeit der Organisation zu verhindern.
3. Strafbar ist auch, wer die Tat im Ausland begeht, wenn die Organisation ihre verbrecherische Tätigkeit ganz oder teilweise in der Schweiz ausübt oder auszuüben beabsichtigt. Artikel 3 Ziffer 1 Absatz 2 ist anwendbar.

Auch wenn das Strafgesetzbuch erst 1942 in Kraft trat, wurden bereits vor 6000 Jahren die ersten kriminellen Organisationen gegründet, ansonsten die Menschheitsgeschichte seither ganz anders verlaufen wäre. Spätestens mit der illegalen Privatisierung, indem die gekaperten Institutionen zu Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit umfunktioniert wurden, entstanden damit weitere gewerbsmässige kriminelle Organisationen. Sie bedienen sich aller Praktiken, die strafrechtlich von Bedeutung sind.

Die einzelnen «Mitarbeiter» dieser Pseudo-Unternehmen, sind arbeitsrechtlich formell gar nicht angestellt, auch wenn sie ihren Lohn (vorläufig noch) regelmässig erhalten. Sie haben deshalb keinen Rechtsschutz für Fortzahlung des Lohnes und können daher höchstens jene privatrechtlich einklagen, die sie eingestellt haben, aber nicht die entsprechende Unternehmung, weil sie formell nicht existiert. Letzteres ist auch der Grund, weshalb z.B. die Polizisten eine Privathaftpflichtversicherung abschliessen und diese selbst bezahlen müssen. Sehr wahrscheinlich besitzen diese «Mitarbeiter» nicht einmal einen schriftlichen Arbeitsvertrag, trotzdem tragen sie für alles Handeln selbst das volle Risiko.

Diese Pseudo-Unternehmen arbeiten daher wie die Mafia. Der einzige Unterschied ist lediglich, dass bei der Mafia allgemein bekannt ist, dass sie eine kriminelle (babylonische) Organisation ist. Bei den Pseudo-Unternehmen ist das noch zu wenig im Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Trotzdem arbeiten diese Pseudo-Angestellten gewerbsmässig für eine kriminelle Organisation, weshalb sie diese gemäss Art. 260ter, Abs. 1 unterstützen.

Wenn nun diese Pseudo-Angestellten dieser Pseudo-Unternehmen es nicht bemerken wollen, dass sie eine kriminelle Organisation unterstützen, so kann man sie, ob in einer privaten Unternehmung oder künftig in einer Institution nicht gebrauchten.

2.2.2 Rassendiskriminierung

Über den Artikel 261bis, Rassendiskriminierung, des Strafgesetzbuches (SR 311.0) wurde erstmals am 25. September 1994 abgestimmt.¹⁵ Im Vorfeld zeichnete sich eine Niederlage der Vorlage ab. Deshalb wurde der Präsident der SVP, Christoph Blocher, ein Hochgradfreimaurer und späterer Bilderberger, vom B'nai Brith-Logenbruder Sigi Feigel¹⁶ «vorgeladen». Während diesem Gespräch «befahl» er ihm, während der Abstimmung einen Strategiewechsel vorzunehmen, d.h. die Nein-Parole herauszugeben, weshalb die Vorlage schlussendlich angenommen wurde. Diese Strafnorm trat am 1. Januar 1995 in Kraft.

Dieser Artikel ist bewusst vage definiert, um im Rahmen des entstandenen Wahrheitsministerium¹⁷ mehr «Spielraum» zu haben, damit die Ziele von Babylon durchgesetzt werden können.

¹⁵ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/rf/cr/1993/19930176.html>

¹⁶ http://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/gra_medienmitteilung_sigi_feigel_terrace.pdf

¹⁷ Orwell George, *Neunzehnhundert-Vierundachtzig*, Originalausgabe *Nineteen Eighty-Four*, Diana, 21. Auflage 1973, 458 Seiten, ISBN ISBN 387158035X. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/orwell_george_1984.pdf

Die definierte Rassendiskriminierung umfasst ebenfalls die Leugnung, Verharmlosung oder die Rechtfertigung von Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist aber politisch beabsichtigt, einen Völkermord zu begehen, d.h. diesen im Rahmen des Dritten Weltkriegs zu vollziehen.

Diese Entwicklung wird nicht nur von der Politik, der Verwaltung und dabei ganz besonders von den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten sowie den Universitäten und Medien nach Kräften geschürt. Dazu kommen alle babylonischen Steigbügelhalter sowie die verschiedenen babylonischen Vereine und Stiftungen, wie z.B. die babylonische Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), die vom B'nai Brith-Bruder Sigi Feigel gegründet wurde.

Es kommt nicht darauf an, was oder wie man etwas sagt, denn entscheidend ist das Resultat, ob es beispielsweise zu einem Völkermord kommt oder nicht.

Inzwischen ist es eine offensichtliche Tatsache geworden, auch wenn sie in der öffentlichen Diskussion wie alles zerredet wird, dass es in Gaza an den Palästinensern bereits zu einem ersten Völkermord, provoziert von der Hamas und angerichtet von den Israelis, gekommen ist. Wie wir aber wissen, konnte der Staat Israel nur mittels der beiden ersten Weltkriege errichtet werden. Das heisst, alle «offiziellen» Narrative und Ideologien rund um die Weltkriege und vor allem um den Holocaust waren ein Mittel, die bewusst falsch informierte Gesellschaft zu manipulieren, um eben diesen Völkermord im Rahmen des Dritten Weltkrieges vollziehen zu können. Der Artikel 261bis, Rassendiskriminierung, des Strafgesetzbuches ist daher lediglich Mittel zum Zweck, den Völkermord zu vollziehen, und nicht um ihn zu verhindern!

Das lässt sich im Detail an verschiedenen Handlungen ableiten, wie z.B. am Schreiben des Zuger Bildungsdirektors Stephan Schleiss an die Kantonsschullehrer, keine Kritik an Israel aufkommen zu lassen oder die polizeiliche Auflösung der Internationalen Palästina-Konferenz in Berlin vom 12. April 2024. An der Konferenz nahmen auch Juden teil, die mit dem Vorgehen nicht einverstanden waren.

Das zeigt einmal mehr, für wen Parlamente, Regierungen, Staatsverwaltung, Universitäten, Kirche und Medien arbeiten: Für Babylon und deren kriminellen Organisationen. Daher ist alles, was der Bevölkerung «offiziell» vorgegaukelt wird, lediglich Propaganda!

*Die grössten Triumphe der Propaganda wurden nicht durch Handeln, sondern durch Unterlassung erreicht. Gross ist die Wahrheit, grösser aber, vom praktischen Gesichtspunkt, ist das Verschweigen von Wahrheit*¹⁸
Aldous Leonard Huxley (1894-1963),
britischer Schriftsteller und Mitglied des Komitees der 300

Mit der weiteren Strafanzeige gegen den Verfasser, dem Ignorieren der Aufdeckung der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht sowie der illegalen Privatisierung wird diese Praxis exakt bestätigt.

Die Polizei Basellandschaft vollzog nun mit der Strafanzeige wegen Rassismus gegen den Verfasser ausgerechnet jene Massnahmen vorsätzlich, damit der Dritte Weltkrieg mit einem gewaltigen Völkermord, der Enteignung und der Versklavung der Bevölkerung umgesetzt werden kann. Anstatt diese Verbrechen zu verhindern, fördert sie diese noch, womit zweifelsfrei bewiesen ist, dass die Polizei Basellandschaft nur Babylon huldigt. Staatsanwaltschaft und Gerichte werden diese Handlungen blind decken und die Politik sonnt sich in Unschuld. Deshalb ist die Aussage korrekt: «Die Staatsverwaltung ist der Feind einer freien Gesellschaft.» Ein weiterer Kommentar erübrigt sich.

2.2.3 Völkermord

Im Strafgesetzbuch sind die Vorbereitungshandlungen in Art. 260bis und der eigentliche Völkermord in Art. 264ff. definiert:

Art. 260bis Strafbare Vorbereitungshandlungen

1 Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis wird bestraft, wer planmässig konkrete technische oder organisatorische Vorkehrungen trifft, deren Art und Umfang zeigen, dass er sich anschickt, eine der folgenden strafbaren Handlungen auszuführen:

¹⁸ Huxley Aldous, *Schöne neue Welt*, Fischer, 1981, Original „*Brave new World*“ 1932, 260 Seiten, ISBN 3596200261, Seite 13. www.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher / Zusammenfassungen
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/wells_die_offene_verschwoerung.pdf

Art. 111	Vorsätzliche Tötung
Art. 122	Schwere Körperverletzung
Art. 183	Freiheitsberaubung und Entführung
Art. 264	Völkermord.

Die Covid-Pandemie und die Vorbereitung der weiteren Pandemien sowie auch der globale Pandemievertrag der WHO fallen unter diesen Artikel, genau gleich wie alle provokativ verordneten Massnahmen, damit es auch in der Schweiz zu einem Völkermord und Bürgerkrieg kommt.

Art. 264 Völkermord

Mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, wer, in der Absicht, eine durch ihre Staatsangehörigkeit, Rasse, Religion oder ethnische, soziale oder politische Zugehörigkeit gekennzeichnete Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten:

- a. Mitglieder dieser Gruppe tötet oder auf schwerwiegende Weise in ihrer körperlichen oder geistigen Unversehrtheit schädigt;
- b. Mitglieder der Gruppe Lebensbedingungen unterwirft, die geeignet sind, die Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten;
- c. Massnahmen anordnet oder trifft, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

Unter lit. a. fallen vor allem die künstlich ausgelöste Corona-Pandemie sowie die Corona-«Impfung», aber auch alle Massnahmen, um unser spirituelles/geistiges Potential zu senken. Das fängt bei der Negierung des Lebens an, indem es das Spirituelle offiziell nicht gibt. Deshalb werden alle Massnahmen im Gesundheitswesen und im Lebensmittelbereich auf materielle Werte reduziert und der Inhalt des gesunden geistigen Potentials wird nicht nur negiert, sondern Esswaren und Körperpflegeprodukte mit schädlichen Substanzen verunreinigt. Damit verbrauchen die Menschen ihr spirituelles Potential schneller, weshalb sie nicht nur schneller krank und alt werden, sondern vor allem besser kontrollier- und manipulierbar werden. Weiteres siehe im Kapitel 3 im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*.¹

Zu lit. b. passt vor allem die Gängelung mit Zugangsbeschränkungen etc. während der Pandemie, um die «Impfung» besser durchsetzen zu können, die die Menschen körperlich und geistig schädigt und sie gezielt, mit Ausnahmen nicht sofort, aber in Raten, umbringt.

Unter lit. c. fallen alle Massnahmen zum Gender-Wahnsinn, wie die verschiedenen Geschlechter und Medikamente, z.B. Pubertätsblocker etc. Sie alle sind darauf ausgerichtet, die Geburtenrate zu senken.

Da seit der Privatisierung der Institutionen keine Legitimität vorhanden ist, können die neuen Gesetznormen per 1. Januar 2011 keine Kraft entwickeln. Das betrifft vor allem die neuen Bestimmungen über die Strafbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere auch Art. 264I. Darin wird definiert, dass der Untergebene der auf Befehl eines Vorgesetzten oder auf Anordnung von vergleichbarer Bindungswirkung eine Tat nach dem zwölften Titel^{bis} oder dem zwölften Titel^{ter} begeht, nur strafbar ist, wenn er sich der Strafbarkeit der Handlung zur Zeit der Tat bewusst war. Die Titel^{bis} und Titel^{ter} umfassen die Kapitel Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Kriegsverbrechen.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Deshalb konnten diese neuen Artikel nicht in Rechtskraft erwachsen.

Mit dieser Änderung wurde versucht, das Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (SR 0.311.11) zu unterlaufen, denn dieses gilt für regierende Personen, öffentliche Beamte und für private Einzelpersonen. Durch die illegale Privatisierung wurden alle Regierenden und Beamten zu privaten Einzelpersonen, die einzeln haftbar sind. Gleichzeitig wurde mit diesen Artikeln versucht, die Gleichgültigkeit zu fördern, indem nun jeder behaupten kann, «*Ich führe nur einen Befehl aus!*» und «*Ich weiss von nichts!*».

2.2.4 Übrige Strafrechtsartikel

In jedem Fall kommen die weiteren individuellen strafrechtlichen Handlungen wie Amtsanmassung (Art. 287), Betrug (Art. 146), Diebstahl (Art. 139), Raub (Art. 140), Ungetreue Geschäftsbesorgung (Art. 158), Hehlerei (Art. 160), Nötigung (Art. 181), Freiheitsberaubung (Art. 183), Hochverrat (Art. 265), Angriffe auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Art. 266) etc. zur Anwendung und alle Funktionäre dieser illegalen Kapitalgesellschaften haften dafür privat!

Wie blöd muss man doch sein, dass man das nicht bemerkt, erst recht, nachdem man darauf aufmerksam gemacht wurde! Aber niemand wird behaupten, er/sie seien blöd, weshalb sie alle vorsätzlich kriminell handeln. Trotzdem gilt der Grundsatz: Nichtwissen schützt vor Strafe nicht!

2.3 Menschenrechtskonvention

Wie bereits in Kapitel 5, Ideologie Mensch/Person, im Aufsatz *Die Privatisierung im Gesamtkontext*¹ erklärt, machen die Menschenrechtskonventionen die Menschen zu Personen, einem juristischen Konstrukt, einem Strohmännchen, zum namensgebenden Menschen. Da die Wörter Mensch und Person als Synonyme behauptet werden, was aufgrund der Gesetzgebung nicht den Tatsachen entspricht, werden die Menschen so betrogen und ihnen wird auf diese Weise befohlen, dies und jenes zu tun oder zu lassen. Das bedeutet, dass das Völkerrecht nur Babylon huldigt, aber nicht der Menschheit.

Gemäss der Menschenrechtskonvention hat jedermann das Recht, die Religion frei auszuüben. Wie in *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen* erklärt, sind aber ausgerechnet das Judentum, das Christentum und der Islam ein Mittel von Babylon, um die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Auf diese Weise wird der Dritte Weltkrieg äusserst blutig ablaufen und gleichzeitig ein gewaltiger gesellschaftlicher Zusammenbruch einhergehen, um die Menschheit Babylon endgültig zu unterwerfen. Der Dritte Weltkrieg läuft bereits seit vier Jahren und nimmt immer mehr Fahrt auf. Die Menschenrechtskonventionen sind also nichts anderes als ein Mittel zum Zweck.

Die Religionsfreiheit bleibt nach wie vor unangetastet, weil die Konvention die Ziele von Babylon unterstützt, hingegen werden die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die in der Menschenrechtskonvention ebenfalls definiert sind, immer mehr eingeschränkt, erst recht dort, wo sie den Nerv von Babylon treffen.

Nach dem Dritten Weltkrieg wird es nur noch eine Religion geben, die Babylon wieder vorgibt. Darin wird alles Spirituelle gänzlich ausgeradiert sein. Es wird das skrupelloseste und menschenverachtendste System sein, wie es die Menschheit noch nie zuvor erlebt hat.

2.4 Konsequenz

Mit Erhalt dieses Schreibens bestätigen alle Funktionäre der angeschriebenen Pseudo-Unternehmung und den weiteren, die Sie zu informieren haben, mit jeder Handlung, die sie gegen den Verfasser oder auch gegen Dritte, ob direkt oder indirekt, ausüben, dass alle Funktionäre

- der kantonalen Verwaltung inklusive des Parlaments, der Regierung und der Gerichte, sowie der direkt unterstellten Organisationseinheiten inklusive der Gemeinden sowie
- sinngemäss des Bundes inklusive aller Kantone und
- aller kriminellen babylonischen Organisationen

vorsätzlich gewillt sind, die Bevölkerung nicht nur zu enteignen, sondern sie darüber hinaus zu versklaven sowie einen weiteren Völkermord gegen sie zu begehen.

Gleichzeitig wird mit jeder einzelnen Handlung bestätigt, dass sich alle Funktionäre der genannten Organisationen über die gesellschaftliche, aber auch über die eigene strafrechtliche Tragweite ihres Handelns bewusst sind.

Die Inkennnissetzung des Agenten ist die Inkennnissetzung des Prinzipals. Die Inkennnissetzung des Prinzipals ist die Inkennnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

3. Nachweise und Bedingungen

3.1 Nachweise

Nachdem Sie wiederholt aufgefordert wurden, die verschiedenen Nachweise der hoheitlichen und handelsrechtlichen Legitimation zu erbringen, Sie das aber nicht erbringen wollen, erübrigt es sich, weiter darauf zu insistieren. Das bedeutet keineswegs, dass Sie deswegen entlastet sind.

3.2 Besondere Bedingungen

Die Besonderen Bedingungen hat der Verfasser bereits wiederholt den Funktionären der verschiedenen Organisationseinheiten bekannt gegeben. Jedenfalls wurde dabei immer ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sowohl der Prinzipal als auch der Agent in Kenntnis gesetzt werden müsse. Jedenfalls traten sie immer wieder willentlich in diese Bedingungen ein, die Sie ebenfalls bezahlen müssen.

Nachdem die weiteren Aufdeckungen noch schwerere Verbrechen zutage gefördert haben, sieht sich der Verfasser gezwungen, seine Besonderen Bedingungen zu verschärfen, erst recht, nachdem Polizei und Staatsanwaltschaften ihn versuchen grundlos zu bestrafen und gleichzeitig daran sind, an der gesamten Gesellschaft einen Völkermord zu vollziehen. Sie gelten mit Erhalt dieses Schreiben.

1. Für jede Handlung, egal welcher Art und Inhalts, ob direkt oder indirekt, ohne hoheitliche und handelsrechtliche Legitimation, die ein Funktionär irgendeines Gerichtes der ganzen Schweiz direkt oder indirekt gegen den Schreibenden ausübt, willigen der/die Handelnde sowie alle in Linie vorgeschetzten Funktionäre bis und mit allen Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der jeweiligen Gerichte ein, je ein Pönale zu bezahlen. Das Pönale beträgt für alle Funktionäre der verschiedenen Stufen je 100 kg Gold¹⁹. Massgebend für die Anzahl Pönalien ist die Organisation des jeweiligen Kantons oder Bundes des handelnden Funktionärs.

Beispiel: Besteht der Verwaltungsrat aus fünf und die Geschäftsleitung der Gerichte aus drei Mitgliedern und gibt es zwischen dem Handelnden und der Geschäftsleitung zwei Funktionäre, so ergeben sich total elf Pönalien. Das bedeutet, alle anderen Kantone bzw. der Bund bezahlen dem Verfasser ebenfalls elf Pönalien.

- a. Damit der Verfasser sein Recht wahren kann, auch wenn es ihm vorsätzlich verweigert wird, willigen alle Gerichte ein, ihm für jedes weitere Rechtsverfahren, das er einleiten muss, ebenfalls diese Pönalien gemäss Position 1. zu bezahlen.
 - b. Sollte es aus dieser Willkür für den Verfasser weitere Folgen zeitigen, die nicht beseitigt werden, so willigen die Gerichte ebenfalls ein, für jede Handlung die in Position 1. definierte Pönalien zu bezahlen. Sollte er in Haft gesteckt werden, so wird nicht nur für jeden Hafttag für alle Gerichte die genannten Pönalien fällig, sondern auch für jede Handlung der Polizei.
 - c. Nachdem die illegale Privatisierung eingestanden wurde, muss die Rückabwicklung durchgeführt werden. Alle Gerichte willigen ein, die in Position 1. definierte Pönalien für jedes Verfahren nochmals zu bezahlen.
2. Gleichzeitig beginnt mit jeder Handlung der Positionen 1, 1a und 1b je eine Gebühr. Die Gebühr beträgt je Handlung und je Kalendertag 100 Gramm Gold. Die Gerichte willigen mit den jeweiligen Handlungen ein, dem Verfasser diese Gebühr zu bezahlen.
 3. Zahlungsbedingungen
 - a. Die Pönalien und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich dem jeweiligen Kanton Rechnung stellen werde.
 - b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.

¹⁹ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

- c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
- d. Es gilt das Prinzip der Bringschuld.
- e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten der jeweiligen Gerichte solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter dem der Gerichte vorgesetzten Muttergesellschaft solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der dem jeweiligen Kanton direkt unterstellten Organisationseinheiten mit Ausnahme der Gemeinden solidarisch. Bei der Bundesanwaltschaft gilt es im Bund sinngemäss wie in den Kantonen.
- f. Im Weiteren willigen alle Mitglieder der babylonischen Organisationen (Art. 260ter StGB) ein, ihr gesamtes Familienvermögen zur Deckung der eingegangenen Bedingungen sowie zur Bezahlung der angerichteten Schäden zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für alle ausländischen Mitglieder mit Vermögen in der Schweiz.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

3.3 Allgemeine Bedingungen

Die Allgemeinen Bedingungen finden Sie unter dem angegebenen Link.²⁰ Sie werden gelegentlich aktualisiert, sobald ein Funktionär einer Pseudo-Unternehmung die neuen Bedingungen akzeptiert hat.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

4. Schlussbemerkung

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie diese Verbrechen nicht aussitzen können, in der Hoffnung, Sie und Ihre Komplizen kämen ungeschoren davon und es wachse wieder Gras darüber. Im Gesamten handelt es sich vorliegend nicht nur um einen von Babylon injizierten materiellen Prozess mit dem Great Reset und dem Dritten Weltkrieg sowie weiterer Teilprozesse wie beispielsweise der illegalen Privatisierung. Tatsächlich findet parallel dazu ein natürlicher psychischer Prozess der Gegensätzlichkeiten (*Yin* und *Yang*) statt, der vom Menschen nicht zu beeinflussen ist und eine natürliche Reaktion auf die babylonische Attacke ist, die umso heftiger reagiert, je mehr die Gesellschaft unter Druck kommt.

Dieser Prozess findet eigentlich immer statt, denn im *Yin* ist immer auch das *Yang* und umgekehrt enthalten. Es gibt nie 100 Prozent *Yin* (Materialismus) oder *Yang* (Philosophie). Die Menschen bemerken diesen Prozess jedoch vermehrt, wenn er an die Extrempunkte gelangt. Philosophisch bedeutet das, Babylon wird sein Ziel nicht erreichen können, weil wir jetzt das *Yin*-Extrem des Materialismus erreichen. Das Pendel wendet sich jetzt und schlägt nun in Richtung Philosophie (*Yang*). Das wurde in der Einleitung der beiliegenden Kurzfassung *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen* mit den Ablösungen von Weltenbränden und goldenen Zeitaltern beschrieben. Wir befinden uns gegenwärtig an einem dieser Extrem- oder Ablösepunkte.

Wie skizziert, ist es unmöglich, dass dieser psychische Prozess der Gegensätzlichkeiten gestoppt werden kann und je länger es dauert, bis die Verbrechen eingestanden werden, desto mehr Schaden wird entstehen. Dementsprechend wird das Pendel unerbittlich zurückschlagen.

²⁰ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/allg_bedingungen_2.pdf

Damit zeigt es sich einmal mehr, je länger diese Einsicht dauert, desto grösser ist der «*Mangel an ehrlichen Männern (und Frauen)*».

Für die Illegalen, und ganz besonders für die Mitglieder der kriminellen Geheimorganisationen (Art. 260ter StGB) wird es sehr ernst werden, weil sie ihr Gesicht vollständig verlieren werden und niemandem mehr in die Augen schauen können. Deshalb werden sehr viele, erst recht jene in führenden Stellungen, wie Polizeikommandanten, Staatsanwälte, Richter, Politiker etc. in den Boden versinken, sprich, sie werden den Freitod wählen. So entziehen sie sich der Schmach, weshalb man sie für ihre Verbrechen nicht mehr zur Rechenschaft ziehen kann. Diese Suizidwelle wird vierstellig sein und wenn die Bevölkerung einmal die wahre Absicht erfahren wird, so ist davon auszugehen, dass von einigen Aufgebrachten sogar Bäume und Kandelaber zweckentfremdet werden. Sie tragen dafür die Verantwortung. Aber wie gesagt, Sie werden sich dieser Verantwortung entziehen, weil Sie die kommende Schmach nicht ertragen können.

PS: Das vorliegende Schreiben steht ebenfalls in elektronischer Form zur Verfügung.²¹

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.

Adieu

Mensch Alex W. Brunner

1 Kurzfassung *Die Funktion der monotheistischen abrahamitischen Religionen* vom 28.03.2024

²¹ https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ch_gerichte_20240415.pdf